

Der Schutzpatron der Asyl-Lehrlinge

Der grüne Integrationslandesrat Rudi Anschober setzt türkisblauen Integrationsverweigerern ein breites Bündnis quer durch ganz Österreich entgegen

RÜCKBLICK: NINA HORACZEK

Eins. Zwei. Und die Nummer drei im Saal war der Landesrat. Sonst niemand. So begann die Initiative "Ausbildung statt Abschiebung" des grünen Integrationslandesrats Rudi Anschober. Vor einem Jahr, beim Start der Kampagne, interessierten sich nur zwei Journalisten für das Projekt des Chefs der oberösterreichischen Grünen und Landesrats für Klima und Integration. Eine Niederlage.



Heute, zwölf Monate danach, unterstützen mehr als 64.000 Menschen Anschobers Petition. Und dazu noch mehr als 1000 Unternehmen und über 100 Gemeinden quer durch Österreich.

Dem Grünpolitiker ist es 2018 gelungen, eine kleine, aussichtslos wirkende One-Man-Show in ein breites Bündnis zu verwandeln. Und damit zu zeigen, dass die Grünen auf Bundesebene zwar noch rekonvaleszent sind, aber nicht mehr ganz so mausetot wie nach der Wahl 2017.

In seinem Kampf für die Lehrlinge aus Syrien, Afghanistan, dem Irak, Pakistan oder Somalia unterstützt die Gewerkschaft den Grünen ebenso wie die Wirtschaftskammer, die katholische Kirche ist genauso auf seiner Seite wie die Industriellenvereinigung und auch an Prominenz konnte Anschöber fast alles gewinnen, was es in Österreich gibt: die "Tatort"-Kommissare Adele Neuhauser und Harald Krassnitzer, der Regisseur und Oscar-Preisträger Stefan Ruzowitzky, der Musiker Martin Grubinger, die Schauspielerin und Romy-Preisträgerin Hilde Dalik, der Maler Christian Ludwig Attersee und viele, viele mehr.

Der kleine gemeinsame Nenner all dieser Unterstützenden lautet: Wer sich bei uns integriert, während er auf den Ausgang seines Asylverfahrens wartet, soll eine Chance bekommen. "Junge Menschen, die jeden Tag brav in ihre Lehre gehen, soll man unterstützen, nicht verhaften und abschieben", sagt etwa die Schauspielerin Dalik.

In Deutschland ist das längst Realität. Dort dürfen Asylwerber auch bei einem negativen Asylbescheid ihre Lehre abschließen und danach noch zumindest zwei Jahre ganz legal arbeiten. Dieses Modell möchte Anschöber für Österreich. "Entweder der Asylwerber darf nach dem Lehrabschluss

bei uns bleiben oder es ist eine moderne Form von partnerschaftlicher Entwicklungsarbeit, diese Menschen gut ausgebildet in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken", sagt er.

Der Start war holprig, aber Schritt für Schritt gelang es dem grünen Landesrat, von Oberösterreich aus den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen.

Dabei waren die Voraussetzungen anfangs alles andere als gut. Nach der Landtagswahl 2015 löste die FPÖ die Grünen als Juniorpartner der ÖVP in der Landesregierung ab. Für Anschöber, der als Grüner in einer Proporzregierung Anspruch auf ein Amt in einer Landesregierung hatte, blieb nur ein ausgehungertes Integrationsressort ohne Budget und mit kaum Einflussmöglichkeit. "Zuerst habe ich mir gedacht, das ist ein

Himmelfahrtskommando", sagt Anschöber. Aber nachdem sein langjähriger Regierungspartner, der frühere ÖVP-Landeshauptmann Josef Pühringer, ihm versprochen hatte, dass die Schwarzen seine Integrationsarbeit auch in einer schwarz-blauen Regierung unterstützen würden, willigt er ein. Seitdem stimme die ÖVP im Landtag so gut wie jedem seiner Integrationsprojekte zu, erzählt Anschöber, und die FPÖ tue dies eben nicht.

Der langjährige Grüne, der in den 1990er-Jahren für seine Partei im Parlament saß, gilt als geschickter Machtstratege. Schon 2003, als bei den Grünen das Streben nach Macht noch als pfui galt, ließ sich Anschöber im Wahlkampf mit einem grünen Sessel plakatieren und forderte einen Sitz in der Landesregierung für seine Partei (siehe kleines Bild).

Auch dass Anschöber zu jenen Grünpolitikern zählt, die einen besonders guten Draht zur Kronen Zeitung haben, half, seine Lehrlingsinitiative voranzubringen. Denn seine Karriere als Politiker begann Anfang der 1990er-Jahre, als der damalige Volksschullehrer, der nebenbei immer wieder Reportagen für Profil und andere Magazine geschrieben hatte, über befreundete Umweltschützer in Tschechien den Hinweis bekam, die tschechische Regierung plane, im Ort Temelín nur 50 Kilometer von der österreichischen Grenze entfernt ein riesiges Atomkraftwerk zu errichten. Daraufhin wechselte Anschöber in die Politik, wurde grüner Umweltsprecher und kämpfte Hand in Hand mit der Krone für eine Zukunft ohne Atomenergie. Hinzu kam, dass Anschöber im Gegensatz zu vielen seiner Parteikollegen schon in den Anfangszeiten der Grünen nicht mit Strickpullover oder Lederjacke, sondern im Anzug unterwegs war.

Dass Anschöber nicht nur das Kleinformat, sondern auch zahlreiche Konservative für einen Lehrlingsabschiebestopp gewinnen konnte, liegt wohl auch daran, dass er selbst aus einer konservativen Familie stammt. Sein Bruder Heinz war ÖVP-Bürgermeister in einer kleinen oberösterreichischen Gemeinde. Außerdem war Anschöber Architekt von Österreichs erster schwarz-grüner Landesregierung und regierte von 2003 bis 2012 sein Bundesland gemeinsam mit der ÖVP.

Aus dieser Zeit hat er eine gute Gesprächsbasis zu zahlreichen Schwarzen. Die früheren ÖVP-Vizekanzler Wilhelm Molterer und Reinhold Mitterlehner unterstützen "Ausbildung statt Abschiebung" ebenso wie der

Europaparlamentarier Otmar Karas. Wer wissen will, wo in der ÖVP die Grenze zwischen Türkis und Schwarz verläuft, Anschobers Initiative zeigt es.

Weil es nicht nur human ist, jungen Menschen eine Chance zu geben, sondern auch wirtschaftlich, unterstützten immer mehr Wirtschaftsunternehmen Anschobers Kampagne. 17.000 Lehrstellen sind in Österreich unbesetzt. Seit 2012 durften Asylwerber in sogenannten "Mangelberufen", für die sich keine österreichischen Jugendlichen finden, eine Lehrausbildung beginnen. Die Baukonzerne Porr und Strabag zählen ebenso zu den Unterstützern wie die Lebensmittelkonzerne Spar und Rewe, Josko Fenster und mehr als 1000 weitere Unternehmen. "Es ist uns gelungen, ein gemeinsames Interesse zwischen Wirtschaft und Integration zu entwickeln", sagt Anschober dazu. "Es gibt in Österreich eine Sehnsucht nach breiten Bündnissen gegen den extrem kalten Kurs der Bundesregierung."

Im Hochsommer sah es kurz so aus, als hätte Anschober gewonnen, als müsse die türkis-blaue Bundesregierung eine Niederlage einstecken. Da hatten es die Schicksale der etwa 1000 von Abschiebung bedrohten Asylwerber-Lehrlingen von den Kurzmeldungen auf die Titelblätter geschafft. Bundespräsident Alexander Van der Bellen fuhr Mitte August extra ins kleine Neumarkt im Hausruckkreis, besuchte dort im Spar den Lehrling Eltaf aus Afghanistan und forderte, die Abschiebung von Lehrlingen zu stoppen. In einer repräsentativen Umfrage erklärten fast 80 Prozent der Österreicher, die Asylwerber-Lehrlinge sollten bleiben dürfen.

Weil der Druck auf die Bundesregierung so groß war, erklärte Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck daraufhin im Ö1-"Mittagsjournal", die Asylwerber würden auch bei einem negativen Asylbescheid nicht abgeschoben, sondern dürfen ihre Lehre in Österreich abschließen. Anschober hatte gewonnen. Aber nur kurz.

Denn dann passierte etwas Seltsames. Zuerst machte die türkis-blaue Regierung über Nacht eine 180-Grad-Wende und erklärte, jenen Asylwerbern, die gerade eine Lehre absolvieren, doch keine Chance zu geben. Stattdessen hoben ÖVP und FPÖ jenen Erlass auf, der es jungen Asylwerbern bis 25 Jahre ermöglichte, eine Lehre anzufangen. Seitdem ist jungen Asylwerbern der Zugang zum Arbeitsmarkt ganz versperrt.

Dann zeigte FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus genau jenen Lehrling, den Bundespräsident Van der Bellen im Supermarkt besucht hatte, beim Verfassungsschutz an. "Der afghanische Musterlehrling entpuppte sich als Hisbollah-Fan", behauptete Gudenus. Anschobers Integrationspolitik sei "ein Sicherheitsrisiko für unsere Gesellschaft", sekundierte Oberösterreichs FPÖ-Chef Manfred Haimbuchner.

Zwei Tage später erklärte der Verfassungsschutz, der Terrorismusvorwurf sei völlig aus der Luft gegriffen. Da hatte die Kronen Zeitung den Burschen schon zu Unrecht als mutmaßlichen "Fan der Terrororganisation Hisbollah" geoutet. Der Ruf des jungen Lehrlings war zerstört, die Luft aus Anschobers Kampagne mit einem Schlag draußen. Türkis-Blau konnte sich freuen.

Da bewies Anschober einmal mehr Beißerqualitäten. Statt zu resignieren, schaltete der Landesrat die EU-Kommission ein. Er gehe davon aus, dass die Entscheidung der Bundesregierung, Asylwerber nicht mehr zur Lehre zuzulassen, gegen EU-Recht verstoße, sagt Anschober. Eine Antwort erwartet er innerhalb der nächsten Monate.

In der Zwischenzeit engagiert sich der grüne Landesrat gemeinsam mit dem früheren Raiffeisen-General Christian Konrad für ein neues, humanes Bleiberecht für gut integrierte Asylwerber. Und für 2019 tüftelt der umtriebige Landesrat zusätzlich auch an einem breiten, parteiübergreifendem Klimaschutz-Volksbegehren.

Um im neuen Jahr die Bundesregierung nicht nur in der Lehrlingsfrage vor sich her zu treiben. F

Der Mensch des Jahres

Im Jahr 2017 wählten wir Nicola Werdenigg, die Missbrauch im Spitzensport öffentlich machte, zur Person des Jahres. Heuer fiel die Wahl auf den grünen Integrationslandesrat Rudi Anschober, der mit "Ausbildung statt Abschiebung" ein breites Bündnis für Integration anführt. Anschober ist ab Samstag, 22.12. auch im Falter-Podcast www.falter.at/radio zu hören. Anschobers Initiative finden Sie auf <http://ausbildungstatt-abschiebung.at/>